
Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Berlin wird pestizidfrei

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, den Beispielen aus vielen anderen Städten und Kommunen zu folgen und wirksame Maßnahmen zu entwickeln, durch die auf den Einsatz von Pestiziden und vor allem Glyphosat verzichtet werden kann. Dafür soll der Senat:

- eine Zusammenstellung aller relevanten Flächen(kategorien), in denen Pestizide zum Einsatz kommen, vorlegen;
- eine Einschätzung vorlegen, welche bedeutsamen Pestizide bzw. Mittel mit Pestizidwirkung in Berlin zum Einsatz kommen bzw. im Handel angeboten werden;
- auf den Einsatz von Pestiziden auf allen landeseigenen Flächen und Flächen von Betrieben mit Beteiligung des Landes verzichten, in einem ersten Schritt insbesondere in der Nähe von Kinderspielplätzen, Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern, Seniorenresidenzen und den Berliner Forsten. Eine Sondergenehmigung für den Einsatz eines Pestizids soll nur erteilt werden, wenn zweifelsfrei nachgewiesen werden kann, dass der Einsatz mechanischer oder biologischer Verfahren unmöglich ist. Des Weiteren ist ein Pflegekonzept vorzulegen, damit in Zukunft auf den Einsatz von Pestiziden verzichtet werden kann;
- private Unternehmen, die Aufträge von Berlin zur Pflege von Grün-, Sport- und Verkehrsflächen erhalten, entsprechend auf einen Verzicht von Pestiziden und vor allem Glyphosat vertraglich verpflichten. Bei laufenden Verträgen wird auf Änderung der Verträge oder zumindest auf eine freiwillige Einigung hingewirkt;

- mit der Deutschen Bahn und anderen Bahnunternehmen Gespräche mit dem Ziel führen, wie der Verzicht auf Glyphosat auch auf Bahngleisanlagen realisiert und Alternativen entwickelt werden können;
- auf den Einsatz von chemisch-synthetischen Herbiziden (wie z.B. Glyphosat) auf allen Wegen und Plätzen im öffentlichen Raum vollständig verzichten;
- mechanischen Verfahren den Vorrang vor chemischen Verfahren einräumen; alternative Verfahren zur Beseitigung von unerwünschtem Bewuchs entwickeln und einsetzen;
- unter Beteiligung fachbezogener Behörden (u.a. Bauämter, Umweltämter, Grünflächenämter) für alle kommunalen Grün- und Verkehrsraumflächen ein angepasstes Planungs- und Pflegekonzept erstellen, das eine Bewirtschaftung ohne chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel und Herbizide ermöglicht. Dafür soll auf die Erfahrungen anderer Kommunen sowie sonstige Expertise (u.a. aus Umweltverbänden) zur Umsetzung einer pestizidfreien Grünflächenpflege zurückgegriffen werden;
- die Berliner/-innen, zielgruppenorientiert auch die Mitarbeiter/-innen in den Verwaltungen des Landes Berlin, über den Verzicht auf Pestizide, deren Gefahren für die menschliche Gesundheit und die biologische Vielfalt sowie über Alternativen wie z.B. den biologischen Pflanzenschutz informieren;
- den Handel verstärkt auf die Einhaltung der Verkaufsbeschränkungen von Pestiziden hin kontrollieren;
- die städtischen Wohnungsbaugesellschaften dazu verpflichten, in Bezug auf ihre Grünflächen Pflegekonzepte zu entwickeln und eine Vorbildfunktion für alle Wohnungsbaugesellschaften einzunehmen.

Dem Abgeordnetenhaus ist sechs Monate nach Beschlussfassung und dann jährlich über die Umsetzung zu berichten.

Begründung:

Chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel sorgen dafür, dass unsere Straßen vermeintlich „ordentlich“ aussehen, sie töten aber nicht nur die Zielorganismen, sondern sind auch eine Gefahr für andere Pflanzen und Tiere sowie den Menschen. Ein Beispiel hierfür ist das häufig eingesetzte Herbizid Glyphosat. Lange galt Glyphosat als unbedenklich; mittlerweile bringen unabhängige Studien Glyphosat mit chronischen Erkrankungen, Störungen des Hormonsystems, Geburtendefekten sowie Krebs und Parkinson in Verbindung. So hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) im März 2015 bekannt gegeben, dass Glyphosat „wahrscheinlich krebserregend für Menschen“ sei.

Auch für die biologische Vielfalt stellt Glyphosat ein hohes Risiko dar: Die Bodenfruchtbarkeit wird zerstört, Wildpflanzen fehlen, der Boden wird vor Erosion nicht mehr geschützt und Nützlinge verlieren ihren Lebensraum. Auch wichtige Bodenpilze (Mykorrhiza-Pilze) werden zerstört, die bei vielen Pflanzen das Wachstum fördern. Zudem werden zunehmend schädliche Einflüsse auf Wasserorganismen beobachtet. So kann Glyphosat das Wachstum von Algen fördern, die negative Auswirkungen auf die menschliche und tierische Gesundheit haben kön-

nen. Bei Froschembryonen wurden Missbildungen selbst bei niedrigen Mengen von Glyphosat beobachtet. Des Weiteren wird dieser Antrag auch gestellt vor dem Hintergrund der Landesstrategie für Biologische Vielfalt und der aktuell viel diskutierten Bestäuberproblematik.

Zwar ist der Einsatz glyphosathaltiger Mittel in der Nähe von Kanalisation oder Gewässern nur mit bestimmten Anwendungsverfahren zulässig, aber auch dann kann nicht verhindert werden, dass der Stoff ins Wasser gelangt: Abschwemmung, fehlende Sachkunde der Anwender, mangelndes Entfernen der Pflanzenreste oder das Nichteinhalten der Anwendungsaufgaben sind Gründe hierfür.

Es existieren eine ganze Reihe alternativer Bekämpfungsmöglichkeiten von Wildkräutern. Mechanische Verfahren reichen von Kehrmaschinen über Mähgeräte, Freischneider, Absaugsysteme und Fugenkratzer. Thermische Verfahren in Form von Heißwasser-, Dampf, Abflam- und Infrarotgeräten stellen auf Splitt- und Kiesflächen, aber auch auf Pflasterflächen eine weitere Pflegemöglichkeit dar. Das Beispiel der Berliner Stadtreinigung (BSR), die kein Glyphosat mehr einsetzt, zeigt, dass es auch ohne solche Herbizide geht.

In Deutschland verzichten bereits über 200 Kommunen auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel. Diesen Beispielen soll Berlin gerade in seiner Vorbildfunktion als Hauptstadt folgen. Die Erfahrungen in anderen Städten zeigen allerdings auch, dass ein Teil der Einwohner/-innen „unordentliche“ und „schlecht gepflegte“ Flächen ablehnen. Die Bevölkerung sollte auch u.a. aus diesem Grund frühzeitig in die Konzeptumsetzung mit einbezogen und der Verzicht auf Pflanzenschutzmittel und Herbizide mit umfassender Öffentlichkeitsarbeit gemeinsam mit Verbänden wie dem BUND verknüpft werden.

Berlin, d. 12. Februar 2019

Saleh Buchholz
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Bluhm U. Wolf Platta
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel Dr. Altug
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen